

Das Klima retten wollen alle

Politik Über den richtigen Weg sind sich Politiker verschiedener Parteien auf der Demonstration von „Fridays for Future“ uneins. Nur einer hatte einen besonders schweren Stand

VON JOHANN STOLL

Mindelheim Stephan Stracke wird gehäutet haben, was auf ihn zukommt: Der CSU-Mann in der Höhle des Löwen. Rund 300 Frauen, Männer, Jugendliche und Kinder waren am Freitagnachmittag dem Aufruf von „Fridays for Future“ gefolgt und demonstrierten auf dem Marienplatz lautstark für einen konsequenten und schnellen Klimaschutz. Dazu waren auch Direktkandidaten der Bundestagswahl eingeladen. Während alle übrigen Bewerber beklatscht wurden, gab es für den CSU-Bundestagsabgeordneten aus Kaufbeuren immer wieder Zwischenrufe.

Zunächst aber setzten Elisa Bernhard und Pauline May als Organisatorinnen der Demo den Ton, nachdem die Band La Canne Carreaux für Festival-Atmosphäre gesorgt hat. Die 15-jährige Bernhard sprach von unserer „imperialen Lebensweise“. Menschen in ärmeren Ländern würden ausgebeutet. „Rassismus und Morde“ seien der Ursprung der Klimakrise. Bernhard forderte einen grundlegenden Wandel „unseres rassistischen Wirtschaftssystems“. Die Klimakrise bedrohe die Rechte aller

Menschen. An der kleinen Diskussionsrunde zum Thema „Was läuft falsch beim Klimaschutz“, beteiligten sich Rosina Rottmann-Börner, Kreisrätin der ÖDP sowie die Direktkandidaten Stracke (CSU), Regina Leenders (SPD), Daniel Pflügl (Grüne) und Susanne Ferschl (Linke). Seit 20, 30 Jahren gebe es Warnungen von Wissenschaftlern, sagte Rottmann-Börner. Auf sie sei aber von den großen Parteien nicht gehört worden. Ursache aus ihrer Sicht sei das „Diktat der Wirtschaft“. Deshalb lehne die ÖDP Firmenspenden ab. Stephan Stracke verwies auf das Klimaschutzgesetz, das einen verlässlichen Rahmen bilde. Bis 2045 wolle Deutschland klimaneutral sein. Bayern will das bis 2040 geschafft haben. Sozialer Ausgleich sei wichtig. Zu schaffen sei der Klimaschutz aber nur mit Innovationen der Unternehmen. Daniel Pflügl hielt dagegen. „Es ist ein Drama: Wir quatschen nur, machen aber nichts“, sagte er. Wertvolle Zeit werde verplempert. Stracke hielt er den Ausbau der B12 vor. Dieser sei ökologischer Nonsens. Tempo 120 auf Autobahnen ließe sich auch sofort umsetzen.

Regina Leenders sieht im Lobby-

ismus ein „Riesenproblem“. Um etwas verändern zu können, brauche es eine Mehrheit im Bundestag. Susanne Ferschl hielt der Bundesregierung vor, dass erst das Bundesverfassungsgericht auf das Klimaschutzgesetz gedrängt habe. Klimaneutralität im Jahr 2045 sei viel zu spät. „Wir laufen auf Kippunkte zu. Das ist irreversibel.“ Alle Kraft und Anstrengung müsse jetzt für den Klimaschutz verwendet werden. „Menschen müssen vor Profite gehen.“

Und was wollen die Politiker ändern? Rottmann-Börner will mehr PV-Anlagen, ein Tempolimit und findet Car-Sharing sinnvoll. Stracke will schneller aus der Kohleverbrennung und der Kernenergie aussteigen. Genehmigungsverfahren für erneuerbare Energien müssten schneller werden. Auch er plädiert für mehr Solarstrom.

Raus aus der Kohle, fordert Daniel Pflügl. Der öffentliche Personennahverkehr sollte ausgebaut werden.

Eine Zugfahrt von Bad Wörishofen nach Memmingerberg koste 16 Euro, ein Flug von Memmingerberg nach Mallorca an den Ballermann 12 Euro. „Das ist absurd.“ Leenders will die Schiene ausbauen. Auch kostenlosen ÖPNV kann sie sich vorstellen. Kräftige Investitionen seien nötig. Ferschl will die bayerische 10-H-Regel bei Windrädern kippen und Konzerne „ein Stück weit entmachten“. Bezahlen soll die, die für den Klimawandel verantwortlich seien.

Auch die Landwirtschaft kam noch zur Sprache. Rottmann-Börner setzt auf kleinbäuerliche Landwirtschaft. Stracke sieht in den Bauern Teil der Lösung. Wälder könnten mehr Kohlendioxid binden. Die Landwirte müssten aber auch entsprechend bezahlt werden. Pflügl fordert hochwertige Produkte und Tierwohl und nicht mehr, dass auf Masse gesetzt werde.

Leenders will weg von der Flächenförderung, was bisher aber in der EU nicht durchsetzbar war. Und Ferschl fordert faire Erzeugerpreise. Landwirte müssten ohne Subventionen leben können. Die Marktmacht von Konzernen und Einzelhandel müsse eingeschränkt werden.



Die ganz große Koalition in Sachen Klimaschutz auf dem Mindelheimer Marienplatz: Daniel Pflügl (Grüne), Regina Leenders (SPD), Rosina Rottmann-Börner (ÖDP), Susanne Ferschl (Linke) und Stephan Stracke (CSU).
Foto: Johann Stoll